

## Gegen die Ausmietungen.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die Wohnungsfürsorge kommt in Groß-Berlin jetzt langsam in Fluß. Die Gemeinden verlassen sich nicht auf das fragwürdige Zustandekommen des Groß-Berliner Wohnungsverbandes, sondern gehen selbständig vor, um bei Beendigung des Krieges schon etwas Praktisches geleistet zu haben. Auch Charlottenburg ist, wie Oberbürgermeister Dr. Scholz in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung mitteilte, dabei, neue Wohngelegenheiten für die arbeitende Bevölkerung und Mittelstand zu schaffen.

Alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung haben gestern den Magistrat um Auskunft, was aus den Groß-Berliner Verhandlungen zur Schaffung eines Wohnungsverbandes geworden ist und ob die städtische Verwaltung aus sich heraus schon bestimmte Schritte zur Behebung des örtlichen Wohnungsmangels getan habe. Stadiv. Dr. Eyd (Lib. Fr.) gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Verband doch noch zustande kommen werde. Grundsätzlich seien die Gemeinden ja einig. Wenn dagegen Einspruch erhoben worden sei, daß der Berliner Oberbürgermeister Vorsitzender des Verbandes werde, so sei das verständlich. Die Wohnungsfürsorge sei weniger eine Angelegenheit des Mittelpunktes von Groß-Berlin als der Außenbezirke. Daran aber sollte der Wohnungsverband ebensoweit scheitern, als an der Frage, ob die für ihn aufzubringenden Kosten nach der Kopfzahl der Einwohner der Gemeinden oder nach ihrer Steuerleistung zu verteilen sind. Einer erzwungenen Vereinigung der Gemeinden zu einem Wohnungsverband werde nicht das Wort geredet werden können. Wenn ein freiwilliges Zusammengehen nicht möglich wird, sollte Charlottenburg selber die geeigneten Maßnahmen beizeiten treffen. Schließlich ging der Redner noch auf die Fragen der Beteiligung von Reich und Staat bei der Aufbringung der Kosten ein und schloß mit der Hoffnung, daß die Organe der Selbstverwaltung mit der Abwendung der drohenden Wohnungsnot ihr Kriegs-Meisterstück leisten werden.

Oberbürgermeister Dr. Scholz bezeichnete es als eine Voraussetzung für den Beitritt der Gemeinde zum Wohnungsverband, daß auch Spandau sich anschleße. Der Magistrat sei bereit, den Verband zu fördern, aber um nichts zu versäumen, habe die städtische Verwaltung sich doch veranlaßt gesehen, örtliche Vorkehrungen zu treffen. Das Hochbauamt bearbeite schon Pläne, um in Nordwestend und an der Jungfernhelbe geeignete Wohnviertel entstehen zu lassen. Ferner habe der Magistrat sich mit Wangenossenschaften ins Einvernehmen gesetzt, die Latkräftiges leisten wollen. Entschiedenem Einspruch habe der Magistrat gegen das Ueberhandnehmen der Kriegsgesellschaften in Charlottenburg erhoben. (Lebh. Zus.) Nicht weniger als 2200 Räume würden schon von diesen Gesellschaften in Charlottenburg in Anspruch genommen und als Wohnräume entzogen. Dringend notwendig sei auch, daß die Reichs- und Staatsbehörden eilrig darüber entscheiden, wie die gegen das Bauen in Friedenszeiten entstehenden Mehrkosten aufzubringen sind. Reich und Staat müßten die wesentlichsten Teile tragen. Charlottenburg habe bereits für einen bestimmten Plan einen Zuschuß eingefordert, so daß auch diese Frage demnächst zur Entscheidung kommen werde.

Im Laufe der Besprechung erklärten sich alle Redner durch die Darlegungen des Oberbürgermeisters als befriedigt. Auch eine Mitteilung des Magistrats, daß er den Stadtverordneten demnächst eine Vorlage bezüglich der Gehörung der Steuerergänzungen für alle bei der Stadt beschäftigten Personen werde zugehen lassen, fand lebhafteste Zustimmung.